

#3

news

**Flucht**

1

Flüchtlinge sind weder eine Katastrophe, noch verursachen sie eine Krise – warum wir froh über die Zuwanderung sein sollten

Landkreise

2

Berichte aus den Landkreisen. Was passiert gewerkschaftlich in deinem Landkreis und wie kannst du mitmachen.

Arbeitsmarkt

4

Nachteilsausgleich statt Privilegierung – zur Diskussion um die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Zuwanderung macht Defizite sichtbar

Frage nach Umverteilung neu stellen

von Ulrike Eifler

Der Zuzug von einer Million Menschen in die Bundesrepublik Deutschland sollte ein Grund zur Freude sein. Denn die Zuwanderung macht die Defizite der Politik der letzten Jahre sichtbar und zeigt, dass es falsch war, Verwaltungen zu verschlanken, Personal abzubauen und die Schuldenbremse in die hessische Verfassung zu schreiben.

Diese Politik rächt sich in der aktuellen Situation, denn überall fehlt es an Personal. Das Bundesministerium für Migration und Flucht kommt nicht damit hinterher, die Asylanträge zu bearbeiten. Die Jobcenter und Agenturen für Arbeit haben zu wenig Personal, um eine adäquate Vermittlung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Und an den Schulen fehlt es an Lehrkräften und Räumlichkeiten, um die Schulpflicht für Flüchtlingskinder sicherzustellen.

Der Einsatz in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften überlastet zudem die Polizei. 3,5 Millionen Überstunden schieben die Kollegen vor sich her. Das entspricht 1.400 Stellen. Der Krankenstand liegt bei 30 Tagen im Jahr. Sowohl die GEW als auch die GdP fordern deshalb die Neueinstellung von jeweils 1.000 Lehrkräften und 1.000 Polizisten.

Die Landesregierung jedoch hält das Geld für mehr Personal zurück. Stattdessen werden tausende Pensionäre angeschrieben, um sie zu-

rück in den Schul- bzw. in den Polizeidienst zu holen. Und Ehrenamtliche sollen zu sogenannten Lernbegleitern werden.

Im Interesse aller muss diese Politik ein Ende haben. Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Lehrer, Verwaltungsmitarbeiter, Polizisten. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, sanierte Schulen und wohnortnahe Freizeitmöglichkeiten. Kurzum: Die Kürzungen, die in den letzten Jahren unter dem Vorwand der Schuldenbremse gemacht wurden, müssen nun zurückgedreht werden.

Das kann nur durch eine Umverteilung von oben nach unten finanziert werden. Ein Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung verfügt über 3 Billionen Euro. Sie müssten nicht sofort bei ALDI einkaufen gehen, wenn sie ein Prozent ihres Reichtums über eine Vermögenssteuer abgeben müssten. Aber die öffentlichen Kassen würde es ordentlich füllen und es gäbe endlich wieder mehr Geld für bezahlbaren Wohnraum, kostenlose Kindergärten und sanierte Schulen. Die Forderung nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer war nie aktueller als jetzt.

Landkreise

Main-Kinzig

Antikriegstag

Mit einer kulturellen Veranstaltung zum Thema „Lieder gegen den Krieg – Gedichte für den Frieden“, rezitiert und gesungen von Johannes M. Becker und Maximiliane Jäger-Gogoll, erinnerten die Gewerkschaften anlässlich des Internationalen Anti-Kriegs-Tages daran, dass im Moment mehr Länder zu Krisen-, Kriegs- und Konfliktregionen gehören als Länder, in denen die Menschen in Frieden leben können.

Griechenland

Die griechischen Gewerkschafter Dikaios Psikakos und Nikos Kalogiros berichteten von der Situation in Griechenland. Schnell wurde klar, dass die Diskussion um leere Kassen, verschuldete Haushalte, Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen nicht nur in Griechenland stattfindet, sondern in beinahe jeder hessischen Kommune Thema ist.

Solidarität statt Spaltung

Mit einem Workshop luden DGB und IG Metall gemeinsam mit der Lampedusa-Gruppe, dem Wohnraumbündnis und der Gruppe „kein mensch ist illegal“ zu einer Diskussion über die aktuelle Flüchtlingspolitik ein. Ergebnis: Auch in Hanau liegt der Hase im Pfeffer. Etwa 14.000 Haushalte haben Anspruch auf eine Sozialwohnung, in der Stadt gibt es aber nur 2.200 Sozialwohnungen. Im Interesse aller muss die Stadt ihre Wohnungspolitik überdenken. Verabredet wurde ein gemeinsamer Ratschlag „Hanau für alle“ im Februar.

Fulda

Prekäre Beschäftigung

Das Forum „Kirche und Gewerkschaften“ konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Gemeinsam mit dem Bonifatiushaus begann die Reihe „Zum Leben zu wenig...“, in der die Hintergründe, Ursachen und Folgen prekärer Beschäftigung beleuchtet werden sollen. Als Referenten waren bisher eingeladen der Vorsitzende der Arbeitsagentur Bad Hersfeld-Fulda Waldemar Dombrowski und die Regionsgeschäftsführerin des DGB Südosthessen Ulrike Eifler. Im Januar und Februar soll die Themenreihe fortgesetzt werden.

DGB-Frauenausschuss

Mit fünf Frauen aus vier Gewerkschaften ist der neu gegründete Frauenausschuss in Fulda noch recht klein. Doch die Kolleginnen sind hochmotiviert und wollen künftig die aktuelle Politik zur Frauensache machen.

Offenbach (Stadt und Land)

Tag der

Deutschen Einheit

Anlässlich des 3. Oktober organisierte der DGB Kreisvorstand gemeinsam mit dem Frauenbüro der Stadt Offenbach eine Veranstaltung mit der Wissenschaftlerin Sibylle Plogstedt. Zentral war die Frage, inwieweit sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen in Ost

und West verändert und welchen Beitrag die Gewerkschaften nach 1990 geleistet haben.

Flüchtlinge in Europa

Gemeinsam mit dem Verein für multinationale Verständigung Rodgau e.V. informierte der Ortsverband Rodgau über Fluchtursachen. Zentral war dabei die Frage, wie die Ursachen bekämpft und die Flüchtlinge unterstützt werden können. Referent war der Geschäftsführer von medico international Thomas Gebauer. Fazit: Die Globalisierung, deren Ziel nicht die Ausweitung der Bewegungsfreiheit der Menschen, sondern die der Waren und des Kapitals war, verfestigte die Ungleichheit im Nord-Süd-Konflikt und kann als zentrale Fluchtursache betrachtet werden.

Wetterau

STOP TTIP und CETA

Insgesamt fünf Busse fuhren am 10. Oktober aus der Region Südosthessen nach Berlin zur TTIP-Demo. Einer davon aus Friedberg. Gemeinsam mit 250.000 Menschen demonstrierten die Kollegen gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada. Nicht zufällig hatten die Verhandlungen darüber hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit sollten Verschlechterungen im Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz abgeschlossen werden. Die Demonstration war ein deutliches Signal an die Politik und zeigte, wie sehr die Aktivisten vor Ort die Frage zum Thema gemacht haben.

Landkreise

Region Südosthessen

Regionskonferenz



Mit einer Resolution zur aktuellen Flüchtlingspolitik hatte der DGB Südosthessen seine erste landkreisübergreifende Regionalkonferenz in Gelnhausen beendet. Die gut 50 Gewerkschafter aus den vier Landkreisen Fulda, Main-Kinzig, Offenbach und Wetterau sprachen sich einstimmig für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen aus, um die aktuellen Herausforderungen im Interesse aller stemmen zu können. Eine Willkommenskultur brauche auch eine Willkommensstruktur.

Schüller geht – Huth kommt

Zum 30. September ist der Kollege Klaus Schüller aus dem DGB ausgeschieden und hat sich nach dreißig Berufsjahren beim DGB nun in die Rente verabschiedet. Der DGB Südosthessen verliert mit Klaus Schüller einen seiner engagiertesten und profiliertesten Mitarbeiter Eisenbahner Schüller war nach 1990 zunächst beim DGB in Thüringen beschäftigt und zuletzt als Organisationssekretär in den DGB Büros Fulda

und Bad Hersfeld tätig. Er hat dort die Kreisverbandsarbeit organisiert, den Kampf um einen Tarifvertrag bei Amazon unterstützt und die Bündnisarbeit vorangetrieben. Wir danken Klaus für seine engagierte und verlässliche Arbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Seine Nachfolge tritt der Kollege Tobias Huth an. Tobias war von 2010 bis 2015 Jugendbildungsreferent in der Region Südosthessen. Er wird nun als Organisationssekretär den DGB in Fulda und Bad Hersfeld vertreten.

Jugend



Für die Jugendarbeit in der Region begrüßen wir nun den Kollegen Volkmar Wolf im Team. Volkmar kommt aus Hannover und hat dort bereits ehrenamtlich für die DGB-Jugend gearbeitet. Für seine neue Stelle wünschen wir ihm viel Erfolg.

Termine

Main-Kinzig

16.12.2015 | 18 Uhr | DGB-Jugendheim Hanau

„Weihnachten ist schon `n gemeiner Trick“ - Gedichte und Lieder mit Johannes M. Becker und Maximiliane Jäger-Gogoll

18.02.2015 | 18 Uhr | Hanau
Ratschlag „Hanau für alle“

Fulda

12.01.2016 | 18 Uhr | Bonifatius-haus Fulda

Gesprächsreihe Kirche und Gewerkschaft „Zum Leben zu wenig...“

10.02.2016 | 18 Uhr | Bonifatius-haus Fulda

Politischer Aschermittwoch

16.02.2016 | 18 Uhr | Bonifatius-haus Fulda

Gesprächsreihe Kirche und Gewerkschaft „Zum Leben zu wenig...“

Offenbach

13.01.2016 | 19 Uhr | Mühlheimer
Wirtshaus

Neujahrsempfang OV Mühlheim

20.01.2016 | 19 Uhr | Bürgerhaus
Rodgau

Neujahrsempfang OV Rodgau

Wetterau

15.02.2016 | 19 Uhr | Stadthalle
Friedberg

Neujahrsempfang KV Wetterau
Es spricht: Jürgen Bothner, ver.di

Arbeitsmarkt

Flüchtlingsmigration und Arbeitsmarkt

Nachteilsausgleich statt Privilegierung

Nach Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erreicht das Potential geflüchteter Erwerbspersonen 2016 380.000. Mittelfristig könnten bis 2018 daraus 600.000 Personen werden. Das könnte zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von 70.000 bis maximal 210.000 Menschen führen.

Die nach Deutschland geflüchteten Menschen sind in der Regel sehr jung. 81 Prozent sind jünger als 35 Jahre, etwas mehr als die Hälfte, nämlich 55 Prozent, sind sogar jünger als 25 Jahre. Der überwiegende Teil bringt nur geringe Qualifikationen mit. 53 Prozent haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, nur 22 Prozent haben einen betrieblichen oder schulischen berufsqualifizierenden Abschluss und etwa 10 Prozent verfügen über eine akademische Ausbildung.

Integration wird nur dann gelingen, wenn diese Menschen ausreichend qualifiziert werden. Dabei geht es nicht um eine Privilegierung von Flüchtlingen, sondern um einen Nachteilsausgleich. Auf die Agenturen kommen nun drei zentrale Herausforderungen zu. Erstens: Über frühzeitige Sprachförderung und Wege in sichere Beschäftigung müssen die Arbeitsmarktperspektiven von

Flüchtlingen verbessert werden. Zweitens: Über den Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen muss die Unterstützung Langzeitarbeitsloser verbessert werden. Drittens: Hierfür müssen die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Mindestlohn bleibt!

Die Gewerkschaften sind bereit, alles zu tun, damit die Integration von Flüchtlingen wie von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gelingt – davon ausgenommen ist das Absenken der Standards. Der Mindestlohn

muss auch für Flüchtlinge gelten. Er ist seit einem Jahr Gesetz, weil in bestimmten Branchen und bestimmten Regionen Stundenlöhne von drei, vier oder fünf Euro keine Seltenheit waren. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Beschäftigten hoch- oder geringqualifiziert waren. Entscheidendes Kriterium war, dass man von seiner Arbeit leben können muss. Aus diesem Grund muss der Mindestlohn auch für Flüchtlinge gelten. Ihre Integration ist erst dann erfolgreich gelungen, wenn es keinen Unterschied mehr macht, wo jemand herkommt. Es ist im Interesse aller, den Mindestlohn nicht anzutasten!

Solidarität statt Spaltung!

